

## Thomas F. auf Bärenjagd

Die vergangenen Monate waren für PDS-Kultursekretar Thomas Flierl alles andere als angenehm. Nach seinem skandalösen Fehltritt während einer Diskussionsveranstaltung in der Gedenkstätte Hohenschönhausen, auf der ehemalige Stasi-Offiziere die anderen Teilnehmer – darunter zahlreiche Opfer der SED-Diktatur – massiv einzuschüchtern versuchten, hagelte es Schelte von allen Seiten. Nur wenige Wochen zuvor wurde in

nicht genug. Nein, die Bären mussten mit der Moralkeule erlegt werden. Ihn [Flierl] würde „diese Mischung aus niedrigem Kitsch, Kindchenschema und massenhafter Fertigung“ abstoßen, zudem seien die Bären „ästhetisch und moralisch verschlissen“. Einmal in Rage geredet, stellte Flierl das Berliner Wahrzeichen als „banales Surrogat eines Wappentiers“ gleich grundsätzlich in Frage. Es ist schon absurd, auf welchen Nebenkriegsschauplätzen



**Henkel redet Klartext**

der Parteizeitungs seines PDS-Heimatkreisverbandes Marzahn-Hellersdorf der Leiter der Gedenkstätte, Dr. Hubertus Knabe, scharf attackiert und die Einrichtung als „Gruselkabinett“ verunglimpft. Die Quittung folgte auf dem Fuße. Flierl ist in jüngsten Umfragen dramatisch abgerutscht. Zudem steht der PDS-Kultursekretar neben Schulsekretar Klaus „Otto“ Böger Medienberichten zufolge auf der Abschussliste innerhalb des rot-roten Senats. Derart in die Ecke gedrängt, holte Flierl zum großen Befreiungsschlag aus, indem er sich eines der „dringendsten“ Probleme unserer Stadt annahm: den Buddybären. Wer sie nicht kennt: Die Buddybären sind lebensgroße, bunt angemalte Figuren aus Kunststoff, die überall im Stadtbild aufgestellt sind und von Touristen gerne auf Fotos festgehalten werden. Über ihren ästhetischen oder künstlerischen Wert kann man sicher streiten. Aber eine solche Debatte war Flierl angesichts einer geplanten Aufstellung neuer Bären auf dem Bebelplatz

sich Herr Flierl momentan verkämpft. Sein erneuter Alleingang ist nur schwer zu verstehen und dient sicher nicht der Werbung für die Stadt. Wenn Flierl die Buddybären als moralisch verschlissen bezeichnet, fragt sich angesichts der Stasi-Debatte, wer hier moralisch verschlissen ist. Die Bären jedenfalls sind es

nicht. Auch sonst ist sich so mancher Linker für keine noch so absurde Äußerung zu schade. Der Grünen-Politiker Ströbele, der sich sonst hauptsächlich für die Verharmlosung von Drogen und Graffiti stark macht, hat nun in der B.Z. eine türkische Version unserer deutschen Nationalhymne gefordert. Angeblich, weil es ein Symbol für die Vielsprachigkeit Deutschlands wäre. Ein völlig unverständlicher Vorstoß. Da wurde nach den Vorfällen an der Neuköllner Rütli-Hauptschule endlich wieder verstärkt über Integration geredet und die langjährigen Forderungen der Berliner CDU nach einer Deutschpflicht breit in der Öffentlichkeit diskutiert. Selbst die ewigen Blockierer von der SPD knickten vorsichtig ein, weil sie sich der Realität drohender Parallelgesellschaften nicht mehr länger entziehen konnten. Und nun diese völlig idiotische Idee von Ströbele, die offensichtlich auch von einer tiefen Abneigung gegenüber der eigenen Nation zeugt. Manche lernen es wohl nie...

## CDU eröffnet Grundsatzdebatte



Ingo Schmitt

**Unter dem Motto „Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit“ hat die Union eine**

**Debatte über ein neues Grundsatzprogramm angestoßen. Endgültig beschlossen werden soll das modernisierte Programm von einem Bundesparteitag Ende 2007.**

Die Grundsatzprogrammkommission der CDU Deutschlands ist am 25. April 2006 zu ihrer konstituierenden Sitzung in Potsdam zusammengetreten. Dabei haben die Kommissionsmitglieder acht zentrale Leitfragen beschlossen, die im Rahmen von fünf Regionalkonferenzen mit den Funktions- und Mandatsträgern sowie den Mitgliedern diskutiert werden sollen. Diese Leitfragen bilden auch die Basis der Diskussion in den

Kreisverbänden. Außerdem sollen sie es den CDU-Mitgliedern erleichtern, an der Programmdebatte teilzunehmen. Vier Mitglieder aus Berlin beteiligen sich an der Arbeit der Kommission. Der Landesvorsitzende der Berliner CDU, Ingo Schmitt wies auf die Bedeutung dieses Schrittes hin: „Ein neues Grundsatzprogramm ist notwendig geworden. Dabei werden wir selbstverständlich nicht alles verwerfen, was wir vor 12 Jahren unter dem Titel „Freiheit in Verantwortung“ aufgeschrieben haben. Aber viele Entwicklungen konnten wir damals nicht vorhersehen.“ Dazu gehören laut Schmitt vor allem Entwicklungen in den Bereichen Sicherheits- und Familienpolitik sowie die Frage nach der Sicherung der Sozialen Marktwirtschaft. Der Bereich Familienpolitik stellt die Union wie auch andere Parteien ge-

rade in einer Großstadt wie Berlin vor Herausforderungen. Schmitt verwies auf die Leitfragen, die im Zusammenhang mit der Grundsatzprogrammkommission erarbeitet wurden: „Auf diese Fragen gilt es in den kommenden Monaten antworten zu finden. Wie können wir Familien helfen, Basis der Gesellschaft zu sein? Wie können und wollen wir den Wunsch vieler Frauen und Männer unterstützen, Familientätigkeit und Erwerbsarbeit gelingen miteinander zu verbinden? Wie können wir die Kinderbetreuungsangebote verbessern – insbesondere für Kleinst- und Kleinkinder? Wie können wir die Erziehungskraft der Familien stärken?“ Schmitt abschließend: „Eines ist schon jetzt klar: Wir werden in Zukunft neue Wege gehen und ein neu definiertes Verständnis von Gerechtigkeit und Freiheit entwickeln müssen.“

## Der „Ehren“-Mordfall Sürücü



Friedbert Pflüger

**Friedbert Pflüger begrüßte den Antrag der CDU im Bezirksparlament von Tempelhof-Schöneberg, zur Erinnerung an Hatun Sürücü eine Gedenktafel anzubringen.**

Ganz in der Nähe des vorgesehenen Anbringungsortes (Oberlandgarten 1) wurde Hatun Sürücü am 7. Februar 2005 von ihrem eigenen Bruder brutal ermordet. Vor dem Hintergrund der Schwere der Tat forderte Pflüger die Abschiebung des verurteilten Sürücü-Bruders unmittelbar im Anschluss an die Verbüßung der Haftstrafe. Im Übrigen ließ der CDU-Spitzenkandidat nach der Urteilsverkündung erkennen, dass er eine Ausreise der Familie Sürücü aus Deutschland für angebracht halte: „Wer sich so weit von unseren freiheitlichen Werten entfernt hat, will sich ganz

offensichtlich nicht integrieren. Wer Ehrenmorde bejaht und sogar begeht, für den darf kein Platz in Deutschland sein.“ Der Fall Sürücü zeige einmal mehr, so Pflüger, die Notwendigkeit einer wirklichen Integration der bei uns lebenden Menschen mit anderen kulturellen und religiösen Hintergründen. Es könne nur hier leben, wer unsere Verfassung und unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung achte.

Für Pflüger geht es im Ganzen um eine neue Trennli-

nie in der Gesellschaft: „Der Gegensatz darf nicht mehr der sein zwischen Deutschen und Nichtdeutschen, sondern der zwischen rechtschaffenen Bürgern einerseits und Kriminellen und Extremisten andererseits. Wir wollen mit der Mehrheit der Nichtdeutschen und der Deutschen mit Migrationshintergrund gegen alle vorgehen, die Verfassung und Recht brechen oder meinen, man könnte in Berlin eine Parallelgesellschaft bauen, in der eigene Regeln gelten.“



Auch heute noch liegen Blumen am Tatort (Bushaltestelle Oberlandgarten) zur Erinnerung an das Mordopfer